

Abschlussklärung

Wir, die Teilnehmenden am 12. Deutsch-Russischen Jugendparlament vom 13. - 18. November 2016 in Berlin

1. sprechen uns grundsätzlich für die Aufnahme von MigrantInnen aus, stellen uns gegen eine Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten, die sich Kriegen oder politischer Verfolgung ausgesetzt sehen, und zweifeln die Angemessenheit und die Menschlichkeit einer Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen an.
2. erkennen an, dass Einwanderung in der heutigen Situation eine Notwendigkeit darstellt. Mit und bei der Aufnahme von MigrantInnen wollen wir garantieren, dass die Grundrechte und Grundfreiheiten eines jeden Menschen eingehalten werden.
3. betonen, dass die nationalen Gesetze ausnahmslos auch für MigrantInnen zu gelten haben.
4. treten ein für die Beseitigung von Ausländerfeindlichkeit durch eine Gleichbehandlung von Einheimischen und Flüchtlingen und die Ermöglichung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben durch die Bereitstellung von Geldern und Sprachmittlern.

zum Themenfeld Arbeitsmigration

5. sind der Auffassung, dass bei der Aufnahme einige qualitative Unterschiede gemacht werden sollen. So betonen wir die Unverzichtbarkeit einer je nach den Notwendigkeiten des Landes flexible Obergrenzen für die Arbeitsmigration. Zudem fordern ein Punktesystem, welches die Etablierung qualifizierter Migranten in die Arbeitswelt sicherstellt.
6. fordern unter Berücksichtigung der langfristigen Planung, die Einführung einer öffentlich zugänglichen Empfehlung über die Nachfrage von Arbeitskräften des jeweiligen Tätigkeitsfeldes. Diese Empfehlung soll eine Vereinfachung der Arbeitserlaubnis bewirken.
7. sind der Meinung, dass ein internationales System bzw. eine internationale Organisation geschaffen werden soll, um die Bewertung der Qualifikationen international zu vereinheitlichen.

zum Themenfeld Geflüchtete

8. haben festgestellt, dass die Überprüfung der Arbeitserfahrung aus unterschiedlichen Gründen problematisch ist. Deswegen empfehlen wir allen ArbeitgeberInnen, eine praktische Überprüfung der Qualifikationen durchzuführen und diese mit einem Zertifikat zu bestätigen, sodass die Geflüchteten auch weiterhin ihre Qualifikationen nachweisen können.
9. fordern aufgrund der Menschenrechte für alle Geflüchteten im Rahmen des Integrationsprozesses eine angemessene Förderung gemäß den individuellen Fähigkeiten zur Einbindung in den Arbeitsmarkt.
10. fordern eine Vermeidung von Gemeinschaftsunterkünften um einer Ghettoisierung von Geflüchteten entgegen zu wirken

zum Themenfeld Integration

11. treten für die Schaffung von Möglichkeiten zur erfolgreichen Integration und Entwicklung von MigrantInnen. Dazu gehören sowohl Sprach- als auch Integrationskurse.
12. regen eine Prüfung der Qualität der Sprachkurse an
 - doppelsprachige LehrerInnen
 - Schwerpunktsetzung auf mündlichen Ausdruck und Basis-Wortschatz
 - Durchführung von Sprachkursen sowohl mit ausgebildeten LehrerInnen als auch Ehrenamtlichen
13. fordern eine Vereinfachung des Familiennachzuges für ArbeitsmigrantInnen. Darüber hinaus fordern wir auf Staatsebene, Empfehlungen zur kulturellen Integration der ArbeitsmigrantInnen zu entwickeln, die auch eine Liste möglicher Maßnahmen dazu beinhalten würden.
14. fordern eine Analyse der persönlichen Fähigkeiten und eine gezielte Berufsberatung zur besseren Integration in Gesellschaft und Arbeit
15. treten dafür ein, dass MigrantInnen in der Zeit, in der sie ihre Ausbildung noch nicht angetreten haben und lediglich Sozialleistungen erhalten, gemeinnützige Arbeit leisten können, für die sie angemessen entlohnt werden.
16. halten Sanktionen für angebracht, sofern nationale Gesetze nicht beachtet werden und zur Verfügung gestellten Sprachkursen bzw. Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ferngeblieben wird. Diese sollen sich zuerst in Leistungskürzungen äußern und können als letztes Mittel auch in der Abschiebung enden.

zum Themenfeld globale Perspektiven:

17. sind stark davon überzeugt, Maßnahmen in den Heimatländern zu ergreifen, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Dabei legen wir besonderen Wert auf die effektive Verteilung der Gelder. Insbesondere wollen wir lokal aktive NGOs unterstützen, da diese mit der Regierung bereits zusammenarbeiten, um so auch den Diskurs in diesem Land anzuregen.
18. kritisieren GATT und vergleichbare Handelsabkommen sowie die subventionierte europäische Landwirtschaft, die globale gegenseitiger Abhängigkeiten schaffen und regionale Produzenten benachteiligen. Daher fordern wir die Analyse durch ein unabhängiges Komitee und die Einbindung bereits vorhandener Analysen, um schließlich die Handelsabkommen zu erneuern.
19. fordern aufgrund des Klimawandels und der damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen, dass weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die globale Erwärmung zu bekämpfen und darüber hinaus der Begriff des Wirtschaftsflüchtlings hinterfragt und differenziert wird, um schließlich den Begriff des Klimaflüchtlings zu etablieren.

Angenommen mit 45 Stimmen bei 6 Gegenstimmen.